



IBA / igs Beteiligungsgremium

Ergebnisprotokoll

24. Sitzung des IBA / igs Beteiligungsgremiums

Bürgerhaus Wilhelmsburg
25.11.2008

Frau Kiehn begrüßt die Anwesenden. Der Tagesordnungspunkt 4, „Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße“, wird vorgezogen, da zum einen Herr Staatsrat Winters (als Referent) früher gehen muss, zum anderen ca. 110 Gäste anwesend sind, die wegen diesem Tagesordnungspunkt gekommen waren. Der Veranstaltungsraum ist überfüllt. Über die Veränderung der Tagesordnung wird abgestimmt:

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 10 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

1. Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, Vorstellung der Planungen durch Herrn Staatsrat Dr. Winters von der Fachbehörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Winters stellt heraus, dass es bisher mit der Wilhelmsburger Reichsstraße und den Bahngleisen zwei Achsen gäbe, die Wilhelmsburg zerschneiden würden. Durch die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße bestünde die Chance, eine dieser Achsen aufzuheben. Für viele Wilhelmsburger würde sich die Lärmbelastung verringern. Durch die Maßnahme wäre auch ein höheres Maß an Lärmschutz insbesondere gegen den Bahnlärm möglich.

Es sei notwendig, dass die bestehende Wilhelmsburger Reichsstraße mit einem Verkehrsaufkommen von ca. 50.000 - 60.000 Fahrzeugen am Tag bei einer Verlegung durch eine leistungsstarke Straße ersetzt würde. Bei der Planung würde derzeit eine Autobahn unterstellt, eine Entscheidung darüber sei noch nicht getroffen. Der Unterschied zur bestehenden Wilhelmsburger Reichsstraße als Bundesstraße sei eher gering, für den Autofahrer ändere sich wenig. Die neue Straße würde etwas breiter sein, da sie einen Standstreifen aufweisen würde und heutzutage Fahrbahnen etwas breiter bemessen werden würden. Ein Standstreifen wäre aufgrund der hohen Unfallzahlen eine deutliche Verbesserung. Die Höchstgeschwindigkeit würde auf 80 km/h begrenzt werden.

Herr Winters räumt ein, dass aus Wilhelmsburger Sicht noch bessere Szenarien vorstellbar seien, äußert allerdings Zweifel an der Umsetzbarkeit.

Herr Schütt ergänzt die Ausführungen anhand von Folien, die die Lärmbelastung momentan (bei Nacht) und nach einer Verlegung darstellen. Der Lärmbereich würde durch eine

Verlegung deutlich abnehmen. Nur im Norden des geplanten Streckenabschnitts im Umkreis eines Gewerbegebiets würde die Lärmbelastung zunehmen. Die Planungen würden sich noch in einem frühen Stadium befinden, gleichwohl würde eine zeitnahe Entscheidung angestrebt.

In der anschließenden Diskussion, an der sich auch eine Reihe der Gäste beteiligen, werden neben Nachfragen zum Verständnis unterschiedliche Meinungen ausgetauscht. Neben Herrn Winters und Herrn Schütt von der BSU antworten zum Teil auch Herr Lakenbrink und Herr Lied von der IBA:

- Die Anzahl derer, für die sich die Lärmbelastung durch die vorgestellte Trasse erhöht, geht nach Ausführungen von Herrn Schütt gegen Null.
- Die Verschwenkung der Trasse im Norden sei notwendig, da die Bahn in dem linsenförmig ausgesparten Bereich Aufstellflächen für Züge benötigt, so Herr Schütt.
- Die vorgestellte Lärmbelastungskarte wurde auch für den Tag erstellt. Bis auf eine relativ kleine Fläche im Norden, die ein Gewerbegebiet darstellt, würden die Lärmemissionen auch tagsüber stark abnehmen.
- Eine eigene Anbindung des Wilhelmsburger Einkaufszentrums (WEZ) sei bisher nicht geplant.
- Entgegen früheren Planungen läge diese Trasse im Gleisbereich der Bahn, nicht daneben. Somit entfielen Nachteile und Hindernisse, an denen frühere Planungen gescheitert seien. Herr Lakenbrink zeigt eine Karte, auf der eine Trassenführung zu sehen ist, die im vergangenen Jahr geprüft wurde. Diese Planung, die das Unternehmen Argus im Auftrage der IBA GmbH zu Papier gebracht hatte, hat Herr Lakenbrink zusammen mit Herrn Hellweg dem Gremium in der Sitzung am 26.08.2007 vorgestellt. Die damals untersuchte Trasse, die neben dem Gleisbereich liegt, wurde nicht weiter verfolgt, da sie erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft und die technische Infrastruktur bedeutet sowie mehrere Betriebsverlagerungen nach sich gezogen hätte.
- Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ob eine Verkehrskonferenz im Sommer 2008 angekündigt war (bzw. wer die hätte ankündigen sollen) oder ob eine solche Ankündigung nicht gemacht wurde.
- Auf Nachfrage antwortet Herr Winters, dass eine Deckelung der Straße (wie die A 7 in Altona) nicht in Frage komme, da das Geländeniveau der geplanten Trasse deutlich höher laufen würde. Durch eine Deckelung würden unverhältnismäßig hohe Kosten entstehen.
- Herr Lied kündigt eine Informationsveranstaltung zum Thema Verkehr für Januar an. Er bietet Interessierten an, sich in eine Liste einzutragen, um über den genauen Termin unterrichtet zu werden.
- Bevor Bürgerbeteiligung im Rahmen der Planung durchgeführt werden kann, braucht es mehr Klarheit über die Kostenübernahme durch den Bund, erläutert Herr Winters.
- Aus dem Publikum wird geäußert, dass der Eindruck entstehe, dass die IBA, die noch vor kurzem eine Ringlösung favorisiert habe, jetzt das Nachsehen habe. Dies würde die Strahlkraft der Internationalen Bauausstellung gefährden. Eine weitere Autobahn sei in Wilhelmsburg nicht durchführbar, dies würden die Wilhelmsburger nicht zulassen. Den Fachleuten könne man in dieser Frage nicht trauen, da die schon häufiger falsch gelegen hätten. Es wäre unseriös anzuführen, dass zwischen den Planungen der Hafenquerspange und der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße kein Zusammenhang bestehen würde.
- Herr Winters stellt klar, dass die vorgestellte Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße unabhängig von der Entscheidung zur Hafenquerspange betrieben werden könne. Davon bleibe unberührt, dass ein Gesamtkonzept nötig sei und erarbeitet werde.

- Eine Autobahn würde noch mehr Verkehr durch Wilhelmsburg führen, einen Staubsaugereffekt auslösen. Herr Winters entgegnet, dass der vorhandene Verkehr aufgrund des hohen Aufkommens nicht weiträumig umgeleitet werden könne.
- Aus dem Publikum wird angeführt, dass die Höhe eines notwendigen Lärmschutzes bei 8 Metern liegen würde. Herr Winters entgegnet, dass nach ersten Berechnungen ein Lärmschutz von ca. 4-5m notwendig erscheine.
- Ein Mitglied des Gremiums bringt ein, dass ein IBA Labor zum Thema „innovative Verkehrslösungen“ in der Modellregion Elbinseln im Spannungsfeld zwischen Hafen und Stadt unter besonderer Berücksichtigung der Wilhelmsburger Mitte im Frühjahr stattfinden möge.

Das Gremium beschließt folgenden Antrag:

Die IBA möge in kürzester Frist ein Labor mit dem Thema „innovative Verkehrslösungen“ durchführen und bei der Planung Mitglieder des Gremiums mit einbeziehen.

In Anbetracht der vorgerückten Zeit wird der Tagesordnungspunkt Änderung der Geschäftsordnung vorgezogen. Der Vortrag von Herrn Gesche soll zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

2. Änderung der Geschäftsordnung

Herr Kriegs fasst die Ergebnisse eines Gesprächstermins vom 29.09.2008 zusammen, an dem Vertreter der Fraktionen, der Verwaltung und der IBA sowie der igs teilgenommen haben. Der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung, der den Mitglieder des Gremiums vor der Sitzung zugeht, weist entsprechende Änderungsvorschläge auf.

Diskussionsbedarf besteht bei der Besetzung von freien Plätzen, wenn nicht genügend Bewerber aus einem Bereich gefunden werden können. Daneben wird ausführlicher darüber diskutiert, wie mit Mitgliedern des Gremiums verfahren werden sollte, die den Sitzungen häufiger entschuldigt bzw. unentschuldigt fern bleiben.

Über die Änderungsvorschläge wird einzeln abgestimmt:

Unter 1 wird folgender Satz um die fett markierten Wörter ergänzt „[...] 6 aus den Stadtteilen Veddel und Kleiner Grasbrook **(mindestens 2)**.“

Der Satz: „Sollten weniger als 6 Bewerbungen aus den Stadtteilen Veddel und Kleiner Grasbrook vorliegen, werden die freien Plätze von der Wilhelmsburger Bewerbungsliste besetzt.“ wird durch: „Freie Plätze aus einem der drei Bereiche Wilhelmsburg, Veddel und Kleiner Grasbrook sowie Schlossinsel können mit Bewerbern aus den anderen beiden Bereichen aufgefüllt werden.“ ersetzt.

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 15 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

Der Formulierungsvorschlag wird um die fett markierten Wörter verändert: „Die Mitglieder des Gremiums sowie nachrückende Personen werden von den jeweils zuständigen bezirklichen Gremien **ab 2009 für jeweils 2 Jahre** eingesetzt.“

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 15 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

Folgender Satz bleibt bestehen: „Die Gesellschaften machen regelmäßig (2 mal jährlich durch eine Anzeige in den örtlichen Medien) auf die Möglichkeit der Mitarbeit in den Gremium aufmerksam.“

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 15 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

In dem Satz: „Die in den Bezirksversammlungen Hamburg-Mitte und Harburg vertretenen Parteien benennen jeweils einen Vertreter und einen Stellvertreter, der mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnimmt; außerdem nehmen je nach Tagesordnung Vertreter der Gesellschaften teil.“ wird das Wort „benennen“ durch „entsenden“ ersetzt.

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 15 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

Die folgenden Sätze werden durch die fett markierten Wörter ergänzt: „Nach 3maliger unentschuldigter Abwesenheit **pro Jahr** erlischt das Mandat. Mitglieder, die an mehr als der Hälfte der stattgefundenen Sitzungen **pro Jahr** nicht teilgenommen haben, werden vom Sprechergremium auf eine weitere Teilnahme angesprochen.

Der Satz: „Nach 3maliger unentschuldigter Abwesenheit pro Jahr erlischt das Mandat.“ bleibt bestehen.

Der Satz: „Mitglieder, die an mehr als der Hälfte der stattgefundenen Sitzungen [...]“, bleibt bestehen.

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 14 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 1 |

Unter 4 Verfügungsfonds wird der folgende Satz um die fett markierten Wörter ergänzt: „Die Beantragung der Mittel **aus dem Verfügungsfonds** erfolgt durch ein von der IBA bzw. igs 2013 gmbh beauftragtes Büro nach Abstimmung mit dem Beteiligungsgremium.“

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 14 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 1 |

Unter 5 bleibt der Satz: „Auf Antrag eines Mitgliedes kann mit einfacher Mehrheit das Rederecht auf einen Redebeitrag erteilt werden.“ ohne Veränderung bestehen.

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 14 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 1 |

Ebenfalls unter 5 bleibt der Satz: „Mit der Einladung genannte Beschlussvorlagen sind angenommen, wenn sie mehr als zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten.“ bestehen. Für eine Änderung der Formulierung in „[...] mit mehr als der Hälfte [...]“, sprechen sich 4 Mitglieder aus, für die Formulierung „[...] mehr als zwei Drittel [...]“ stimmen 10 Mitglieder bei einer Enthaltung.

Der Satz: „Diese Stimmabgabe kann auch schriftlich oder per E-mail bis zum Sitzungstermin an das geschäftsführende Büro erfolgen.“ wird gestrichen.

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 12 |
| Nein-Stimmen | 1 |
| Enthaltungen | 2 |

Der Satz: „Ein Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung bedarf der 2/3-Mehrheit bei Anwesenheit der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder.“ bleibt bestehen.

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 13 |
| Nein-Stimmen | 1 |
| Enthaltungen | 1 |

Über alle Einzelabstimmungen zur Änderung der Geschäftsordnung wird im Block abgestimmt. Durch die Verabschiedung tritt die neue Geschäftsordnung in Kraft:

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 15 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

3. Beschlussfassung über die Protokolle der 22. und 23. Sitzung

(einzelne Mitglieder verlassen den Raum, 11 stimmberechtigte Mitglieder bleiben):

| | |
|--------------|----|
| Ja-Stimmen | 11 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

Anwesenheit

Als stimmberechtigte Mitglieder

Liesel Amelingmeyer, Michael Grau, Bettina Kiehn, Dittmar Loose, Hans-Jürgen Maas, Helmut Poggensee, Angela Schapals, Volker Schenk, Gerhard Schulenburg, Layla Dawson, Norbert Steinkemper, Klaus-Carsten Beck, André Gesche, Jan Peters, Wolfgang Schwarz

Als Vertreter der Fraktionen

Patrick Paul, Karin Meise, Rainer Roszak, Ronald Dittmer, Klaus Lübke, Jutta Kodzynski

Als Gäste

Ca. 110 Gäste

Als Vertreter der Gesellschaften

Theda von Kalben (IBA Hamburg GmbH), Claus Kriegs (igs 2013 GmbH), Hubert Lakenbrink (IBA Hamburg GmbH), Hans Lied (IBA Hamburg GmbH)

Als Referenten

Herr Staatsrat Dr. Winters und Herr Schütt (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt)